

Mit der Ausrufung einer finalen „Krise des Klimas“ ist eine Stimmung ausgelöst worden, die ohne gründliches Nachdenken bereit ist, Kernbestände unserer Zivilisation und unserer Institutionen zu opfern. Eine solche Ausschaltung der Vernunft hat in Europa schon einmal fatale Konsequenzen gehabt.

Das Klima-Ultimatum

14. August 2019

Die Regierenden in Deutschland kündigen für den September 2019 „große Entscheidungen“ an. Es geht um die Klimapolitik und nun soll Ernst gemacht werden mit dem Eingriff in das Weltklima. Dabei ist die Grundentscheidung schon längst gefallen: die Intervention soll eine Hochpreis-Politik sein - für CO₂-Emissionen quer durch alle Aktivitäten. „Alle Experten sind sich darin einig“, verkündet die Kanzlerin und hat es eilig, hier die Diskussion schon für geschlossen zu erklären. Nur noch das „wie“ der Verteuerung soll die Frage sein. Damit sind kritische Fragestellungen zum großen Klima-Feldzug ausgeschlossen: Ist der Klimawandel wirklich so eng mit dem CO₂-Gehalt der Atmosphäre verbunden, wie die CO₂-Strategen unterstellen? Ist eine drastische CO₂-Reduktion mit einer auskömmlichen Existenz von 7,5 Milliarden Menschen (10 Milliarden am Ende dieses Jahrhunderts) vereinbar? Ist der Klimawandel wirklich ein Geschehen, das tiefe Einschnitte in die erreichte technische Zivilisation und einen Opfergang von modernen Lebensformen zwingend erforderlich macht?

Ein ultimatives Szenario

Es ist ein ultimatives Szenario, das zur Rechtfertigung benutzt wird. Die Entwicklung des Weltklimas, so raunt ein vielstimmiger Chor, stelle uns ein Ultimatum – jetzt muss es sein, sonst ist es zu spät. Der Klimawandel wird damit zur „Klimakrise“ dramatisiert, zu der Vorstellung, dass hier ein sich gesetzmäßig zuspitzender Prozess stattfindet, der das Klima in seiner Gesamtheit „zum Kippen“ und „zum Kollaps“ führt. Das ist das Klima-Ultimatum, aber es wird eigentlich nie bei diesem Namen genannt, denn das würde eine Debatte auslösen, ob es nicht töricht ist, uns geistig so an die Wand drücken zu lassen.

Die Vorstellung, einem Ultimatum gegenüberzustehen, ist keine rationale Einschätzung. Sie ist nicht das Ergebnis einer offenen Erörterung von Vernunftgründen. In diesem Jahr 2019 sind nicht auf einmal neue Beobachtungen und Argumente aufgetaucht, die ein solches zugespitztes Lagebild ergeben. Verändert wurden die Worte und Inszenierungen, in denen bereits bekannte Phänomene nun präsentiert werden. So haben einzelne Medien (zum Beispiel „t-online.de“ in Deutschland und der britische „Guardian“) per Redaktionsbeschluss festgelegt, dass sie das Wort „Klimawandel“ nicht mehr gebrauchen, sondern von „Klimakrise“ sprechen. Mit „Greta“ hat man neue suggestive Formen der Betroffenheit gefunden, ohne dass die Fridays-for-future-Akteure real von irgendeinem neuen Klimaphänomen besonders betroffen gewesen wären.

Ja, es gibt einzelne Temperaturrekorde, aber danach kehrt das Wetter auch wieder in gemäßigte Bandbreiten zurück, wie die kürzlich von „wetteronline.de“ veröffentlichten Jahres-Durchschnitts-Temperaturen seit 1989 belegen. Und selbst, wenn diese Durchschnitte etwas über dem Langzeit-Durchschnitt liegen, so weisen sie doch nicht jene Steigungslinie auf, die man braucht, um von einem sich gesetzmäßig zuspitzenden Krisenprozess zu sprechen. Und es gibt eben auch nicht eine Parallele zum gemessenen Anstieg des CO₂-Gehalts in der Atmosphäre – was den Zusammenhang zwischen CO₂-Emissionen und Erderwärmung fragwür-

dig macht. Dieser Spalt zwischen der faktischen Realität und der vorgestellten Realität erinnert an die (marxistische) Erzählung von der „historisch-gesetzmäßigen Verelendung des Proletariats“, die man immer mit heftigen Einzelbeispielen belegen konnte, und die damit eben gerade nicht als historische Gesetzmäßigkeit bewiesen war.

Die Erhitzung des kommunikativen Klimas

Es ist also nicht das reale Klima, das sich ultimativ erhitzt, sondern das kommunikative Klima. Dabei ist nicht allein der politische Mehrheitsblock am Werk, sondern auch Entwicklungen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Es ist ja nicht das erste Mal in der neueren Geschichte, dass ein ganzer Sektor der Gesellschaft sich von der Wirklichkeit entkoppelt und sich in einem ultimativen Bedrohungsszenario wähnt. So hat sich der breite Endzeit-Chor gebildet, der sich in diesem Jahr 2019 mit schlafwandlerischer Sicherheit in wenigen Monaten zusammengefunden hat, und der nun jeden Tag aufs Neue ein Phänomen entdeckt, das unzweifelhaft ein „Vorzeichen“ der Klima-Katastrophe sein muss. Das ist der Hintergrund, vor dem die Regierenden ihre „großen Entscheidungen“ ankündigen und sich anschicken, nun ihrerseits die Dinge weiter zu steigern. Denn erst dadurch, dass sie nun zum Regierungshandeln wird, bekommt die ultimative Stimmung eine verheerende Wendung.

Wenn die materielle Zivilisation zum Feind wird

Nun sei Schluss mit „Pillepalle“, hat die Kanzlerin erklärt. Das ist eine Art Kriegserklärung: Da die CO₂-Emissionen unserer technischen Zivilisation als Schuldige der „Klimakrise“ schon von „allen Experten“ ausgemacht sind, wird jetzt alles, was in unserer Zivilisation mit Verbrennung von fossilen Stoffen zu tun hat, zum Feind. Und indem zugleich besonders betont wird, diese Krise sei „menschengemacht“, wird in letzter Instanz der Mensch dem Menschen zum Feind erklärt. Denn das „gemacht“ erweckt ja den Eindruck, die Verbrennung von fossilen Stoffen zum Kochen, Heizen, Fortbewegen und Produzieren sei eine Handlung, die die Menschen aus eigener Willkür und mutwillig vollbringen – und die man daher auch ebenso willkürlich wieder abstellen kann. Damit verbunden ist die Erwartung, dass man zu einem Zustand zurückkehren kann, der nichts mehr verbrennt, sondern nur noch die Naturkräfte weich umleitet. Jene böse Gewalttat der Verbrennung aber muss von der Erde verschwinden und für diesen natürlich-guten Zweck sei auch die Anwendung von Gewalt legitim. Hier bekommt das Klima-Ultimatum eine Drehung ins Aggressive, in einen Krieg gegen die Zivilisation, in einen zerstörerischen Opfergang – wie wir ihn so noch nicht kennen.

In der Geschichte der Moderne ist es – angesichts der hohen Entwicklung der materiellen Zivilisation – immer wieder zu Bewegungen gekommen, die diese Entwicklung dämonisierten. Das Ressentiment gegen das immense Wachstum der Sachwelt (mit ihren Härten und Risiken), das sowohl in Nachlässigkeit also auch in Zerstörungswut umschlagen kann, gehört gewissermaßen zur Grundausstattung der Moderne. Die Gefahr einer Regression ist ihr ständiger Begleiter. Aber das Ausmaß, indem diese Neigung nun im Namen des „Weltklimas“ von Staat und Wirtschaft Besitz ergriffen hat, ist neu.

Der CO₂-Feldzug

In dem scheinbar so friedlichen Klima-Anliegen liegt ein hohes Aggressionspotential. Das Anliegen ist ja eine Vernichtung – bis 2050 soll Europa „CO₂-neutral“ sein. Schon vorher will man die Produktion von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren per Gesetz vollständig untersagen und stilllegen. So wird mit dem Klima-Ultimatum eine wirkliche Opferung eines Teils dieser Zivilisation ins Auge gefasst. Es wird ein wirklicher Feldzug gestartet, der alles in den kommenden dreißig Jahren in seinen Bann ziehen soll.

Ist eine solche Beschreibung in Kriegs-Begriffen übertrieben? In einem Leitartikel in der FAZ vom 17.7.2019, der den Titel „Nach Pillepalle“ trägt, stehen die folgenden einleitenden Sätze: *„In der Klimapolitik steht weit mehr auf dem Spiel, als Deutsche und Europäer selbst durch Revolutionen wie die der Wiedervereinigung des Kontinents oder der globalen Migrationsbewegungen gewohnt sind. Schließlich geht es um die Lebensgrundlagen der Menschheit.“*

Das sollte aufhorchen lassen. Denn hier wird das, was jetzt unter dem Titel „Klimapolitik“ geschehen soll, noch die Erschütterungen durch die Masseneinwanderung und über den Sturz der Diktaturen in Osteuropa gestellt. Und damit wird auch gesagt, dass in Sachen „Klimaretung“ unsere politische und wirtschaftliche Grundordnung nicht unbedingte Geltung beanspruchen kann. Diese Ordnung steht dort, wo es angeblich um sogenannte „Grundfragen der Menschheit“ geht, zur Disposition. Wenn der Autor, Jasper von Altenbockum, den Einsatz der Klimapolitik über das stellt, was „1989“ und „2015“ auf dem Spiel stand, sagt er indirekt, dass nun Staat, Wirtschaft und Zivilisation der Bundesrepublik unter dem Vorbehalt eines unvergleichlich Höheren stehen. Hier öffnet sich tatsächlich eine Tür zu Opfergängen von historischen Ausmaßen.

Das warnende Beispiel des Kriegstaumels von 1914

Wenn man ein historisches Maß für das sucht, was gegenwärtig unter Berufung auf die „Klimakrise“ geschieht, liegt es nahe, auf ein anderes Datum zurückzukommen: das Jahr 1914, als Deutschland und Europa den Weg in den ersten Weltkrieg einschlugen. Dies geschah ebenfalls aus der Stimmung heraus, **dass man einem Untergang um jeden Preis zuvorkommen müsste**. Eine Stimmung, von der wir heute wissen, dass sie nicht den Spielräumen der Realität entsprach. Die Vorstellung von einem „Endkampf um die Aufteilung der Welt“ war eine geistige und kommunikative Übersteigerung - die real existierenden Konflikte waren sehr viel begrenzter. Zur warnenden Parallele mit 1914 gehört auch, dass die schnellen Entscheidungen vor 1914 sehr langwierige Folgen hatten. Sie führten zu einer ganzen Verkettung von Kriegen und Bürgerkriegen, die im Grunde erst nach 1945 (nach dreißig Jahren) durchbrochen werden konnte. Und noch ein Element des 1914er-Komplexes gehört dazu: Das blinde „Hineinschlittern“ in den Krieg, bei dem es keinen längeren Moment des Innenhaltens und vernünftigen Maßnehmens gab. Das heißt, dass es keine politische Kraft gab, die ein solches Innehalten durchsetzen konnte. Auf allen Seiten handelte man wie „Schlafwandler“ – um ein Wort des britische Historikers Christopher Clark aufzugreifen.

Alle diese Zutaten scheinen mir jetzt wieder im Spiel zu sein: Die Beschwörung einer ultimativen Bedrohung „unseres Planeten“; die Unterschätzung der Opfer und der Länge des Opfergangs, die der CO₂-Feldzug bedeutet – man will uns weismachen, dass es mit ein bisschen Geld (für CO₂-Steuer oder Emissions-Zertifikate) getan wäre. Aus der historischen Erfahrung, für die „1914“ steht, können wir lernen, wie verheerend die Logik des „Wir müssen dem Untergang zuvorkommen“ sein kann.

Das Gebot der Stunde

Und auch das „Hineinschlittern“ von 1914 ist wieder da: Niemand kann sagen, wie wir innerhalb weniger Monate und Wochen zu einer solchen Erhitzung des Klima-Themas gekommen sind – in einem Jahr, das keineswegs in der Gesamtbilanz von Temperatur oder Niederschlägen besonders verheerend dasteht. Aber die Stimmung hat sich zu einer Welle hochgeschaukelt, die alles mitreißt. Es hat in diesem kritischen Jahr 2019 keinen Moment des Innehaltens gegeben, wo noch einmal eine grundlegende Erörterung der Argumente und Alternativen in Klimafragen zustande gekommen wäre.

Genau dies Innehalten im Namen der Vernunft wäre jetzt das Gebot der Stunde.

(erschiene am 16.8.2019 bei „Tichys Einblick“)